

## "Grüne Union?" in Handelsblatt" (2. April 1952)

**Legende:** In ihrer Ausgabe vom 2. April 1952 kritisiert die deutsche Wirtschaftszeitung Handelsblatt die Idee der europäischen Behörden zur der Schaffung eines Grünpools.

**Quelle:** Handelsblatt. Deutsche Wirtschaftszeitung. 02.04.1952. Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH. "Grüne Union?".

**Urheberrecht:** (c) 2004 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/grune\\_union\\_in\\_handelsblatt\\_2\\_april\\_1952-de-9d8c877f-5dc5-4791-b94b-a896378224a5.html](http://www.cvce.eu/obj/grune_union_in_handelsblatt_2_april_1952-de-9d8c877f-5dc5-4791-b94b-a896378224a5.html)

**Publication date:** 12/12/2013

## Grüne Union?

Die sogenannte „funktionale Integration“ Europas, also die Vereinigung nach Wirtschaftszweigen mit Hilfe europäischer Bürokratien, war schon früh dem Bedenken ausgesetzt, daß sie Europa von der Weltwirtschaft absondern statt ihr zuführen will. Man beseitigt wohl die Handelsschranken innerhalb Europas, aber mehr um einen auf Autarkie statt auf erhöhte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung bedachten Raum zu schaffen. Das eigentliche Anliegen, nämlich die Entrümpelung Europas und seine Rationalisierung durch vermehrte Arbeitsteilung, ist damit nicht unbedingt gewährleistet.

Diese Bedenken löst nun auch der Versuch zur Schaffung eines „einheitlichen europäischen Marktes für Agrarprodukte“ aus, über den man gegenwärtig in Paris verhandelt. Europas Lebensfähigkeit hängt von weitreichender Arbeitsteilung mit Übersee, also vom Austausch seiner Industriegüter gegen preiswerte Rohstoffe und Agrarprodukte ab. Aus der „Grünen Union“ erwächst nun die Gefahr, daß sie der europäischen Landwirtschaft mit dem sogenannten Einheitsmarkt nur einen riesigen geschützten Markt bieten will, der die billigeren Überseeprodukte künstlich ausschaltet. Die „Grüne Union“ wäre dann mehr ein großes Vorzugsmarktsystem zu Lasten der Landwirtschaft von Übersee und ein Schlag gegen den europäischen und vornehmlich deutschen Industrieexport. Um das Kind beim richtigen Namen zu nennen: sie wäre ein großer Mißbrauch, weil sie den Zusammenschluß teurer Erzeuger gegen die überseeische Landwirtschaft bewirkt, zu Lasten der europäischen Verbraucher. Welche intereuropäische Rationalisierung kann man schon von ihr erwarten, wenn sie mehr auf einen europäischen Autarkieblock, als auf echte wettbewerbliche Kostensenkung spekuliert? Denn die einzelnen grünen Fronten in den verschiedenen europäischen Ländern würden sich auch ohne Zölle nicht viel antun.

Die protektionistischen Ziele zeigen sich bereits an den Erzeugnissen, die im Vordergrund der „grünen Integration“ stehen. Gedacht ist an Weizen, Milchprodukte, Zucker und Wein. In allen ist Europa wichtiger Abnehmer billiger Überseequellen, die nun durch teurer arbeitende europäische ersetzt werden sollen. Kapital und Arbeitskräfte drohen dadurch fehlgeleitet zu werden, und die europäische Industrie würde wichtige Überseemärkte verlieren. Zugleich würde die bevorstehende Ausdehnung der überseeischen Agrarproduktion, die unserer Maschinenindustrie usw. wichtigen Absatz bieten könnte, wesentlich gebremst werden.

Uns selbst droht nun eine andere Gefahr: die Agrarunion würde uns eines wichtigen Instrumentes bei handelspolitischen Besprechungen mit unseren europäischen Nachbarn berauben. Europa war stets unser wichtigster Industriemarkt, aber wir konnten ihn nur offen halten, solange wir europäischen Agrarprodukten bei uns selbst handelspolitisch größeren Zutritt boten. Womit aber könnten wir in Zukunft den industriellen Protektionismus Frankreichs usw. bremsen, wenn wir den Agrarmarkt bei uns ohne handelspolitische Gegenleistung öffnen müßten? Die Hoffnung auf eine allgemeine europäische Industrieunion – ähnlich der Agrarunion – wäre ein schwacher und vorläufig kaum realisierbarer Trost.

Das Beispiel der Agrarunion verdeutlicht ganz besonders die Grenzen – ja Gefahren – einer auf Europa beschränkten Liberalisierung, weil damit nur der bisherige nationale Agrarprotektionismus durch einen solchen auf europäischer Grundlage ersetzt zu werden droht. Eine solche Union würde die Produktionskosten und den Lebensstandard verteuern, statt senken, weil sich die Partner nur in der Ausschaltung anderer Kontinente vom europäischen Einheitsmarkt einig sind. Gespräche über eine Agrarunion sind nur sinnvoll, solange sie sich auf die Steigerung der Leistung ausrichten. Aber da bleibt zu fragen, ob die Leistungssteigerung nicht mehr von Maßnahmen der einzelnen Regierungen abhängt, die sich endlich einmal bemühen müßten, die Kopfleistung des Landwirts auf die Höhe des Industriearbeiters zu bringen, statt eine solche Produktivitätszunahme durch künstlichen staatlichen Schutz und Übervorteilung des Verbrauchs planvoll zu verhindern. Eine die Leistung bremsende, statt fördernde „Europapolitik“ ist uns aus unserer Südosteuropa-Politik in den dreißiger Jahren nicht ganz unbekannt. Man fürchtete die südosteuropäischen Bauern nicht, weil ihre Kosten weit über Kanada, Australien oder USA lagen, man betrieb „Raumpolitik“ und blieb dennoch protektionistisch. Die jetzige „Raumpolitik“ Westeuropas aber bringt uns nicht einmal die damalige Chance der Südostpolitik, nämlich die Öffnung von Industriemärkten. Das Gegenteil ist zu befürchten.

Zunächst müsste die europäische Agrarpolitik umschalten vom Schutz- auf das Leistungsprinzip, und niemals dürfte die europäische Integration schneller erfolgen als die weltwirtschaftliche. Europa braucht keinen „gesamteuropäischen Erbhof“ in der Gestalt einer überteuerten Landwirtschaft, sondern eine weltwirtschaftlich verzahnte und wettbewerbsfähige, die Lebenskosten der Stadt senkende Landwirtschaft. Das will auch wohl Paul R. Porter, von der MSA in Paris, sagen, wenn er zur Pariser Agrarunions-Konferenz erklärte, er hoffe auf einen Agrarplan, der „ehrlich zur Stärke und zum Wohlstand Westeuropas beiträgt“. Mit dieser Hoffnung hat Porter zugleich eine Warnung ausgesprochen.